

Gedenken und Geschichtspolitik: Die Shoah–Namensmauern–Gedenkstätte in Wien

MICHAEL HOLLOGSCHWANDTNER

Den in der Shoah ermordeten österreichischen Juden und Jüdinnen „ihre Namen und die menschliche Würde“ zurückzugeben, die ihnen „so gnadenlos geraubt worden waren“,¹ stellt, in den Worten des Initiators, den Beweggrund für die Errichtung der Namensmauern dar. Die Gedenkstätte wurde am 9. November 2021, dem Jahrestag des Novemberpogroms, im Beisein der Staatsspitze feierlich eröffnet. Die im Wiener Ostarrichipark, an Universitätscampus und Nationalbank angrenzend, erbaute „Gedenkstätte für die in der Shoah ermordeten jüdischen Kinder, Frauen und Männer aus Österreich“ besteht aus elliptisch zueinander ausgerichteten Granitplatten, darin eingemeißelt sind die über 64.000 Namen und Geburtsjahre (auf die Verzeichnung der Sterbejahre wurde verzichtet) der Opfer der Shoah. Die in der Mitte angelegte Grünfläche soll „die Ruhe vermitteln, die eine Stätte der Andacht benötigt“, wie auch an die Massengräber von Maly Trostinec erinnern. In der Öffentlichkeit nach wie vor weitgehend unbekannt, wurden in diesem Vernichtungslager nahe Minsk rund 10.000 österreichische Juden und Jüdinnen ermordet – mehr als an jedem anderen Ort außerhalb von Auschwitz.² Über das öffentliche Gedenken hinaus soll durch die Namensmauern-Gedenkstätte auch die Frage aufgeworfen werden, „wie es möglich war, das Österreicherinnen und Österreicher sich damals, in einer überwältigenden Anzahl, an den Verfolgungen und den Ermordungen beteiligt haben“.³ Diese Intention manifestiert sich durch einen Verweis auf einer Granitplatte am Haupteingang zur Gedenkstätte, auf der festgehalten wurde, dass sich „zahlreiche Österreicherinnen und Österreicher“ an der Shoah beteiligten. Ebenfalls auf einer solchen Platte am Zugang zur Gedenkstätte sind eine Reihe weiterer Gruppen angeführt, die im NS-Regime verfolgt wurden.⁴

Bereits Mitte der 1990er Jahre hatte Simon Wiesenthal die Errichtung einer Namensmauer für die Opfer der Shoah angeregt, doch zu diesem Zeitpunkt fehlte es schlichtweg an den erforderlichen Daten.⁵ Dies änderte sich erst im Jahr 2001 mit der Fertigstellung des vom

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) durchgeführten, großangelegten Forschungsprojekts „Namentliche Erfassung der österreichischen Holocaustopfer“. Auf die dabei erstellte Datenbank konnte zur Errichtung der Namensmauern-Gedenkstätte zurückgegriffen werden, wobei auch das DÖW im Zuge der Planung der Gedenkstätte Angehörige und Nachkommen dazu aufrief, möglicherweise fehlerhafte Angaben zu Opfern in der Datenbank zu überprüfen und nicht aufgeführte Personen mitzuteilen.⁶ Wenn im Kontext der Namensmauern-Gedenkstätte von „österreichischen Juden und Jüdinnen“ gesprochen wird, wird also jenen Festlegungen gefolgt, die die Grundlage für die Erforschung der Lebensdaten darstellen. Im Hinblick auf die Charakterisierung als „Jude/Jüdin“ wiesen Florian Freund und Hans Safrian explizit auf die Schwierigkeit hin, dass dabei notwendigerweise die Definition des NS-Regimes (in Form der Nürnberger Rassegesetze) herangezogen werden muss, denn für „die Verfolgung durch das NS-Regime war nicht maßgeblich, ob sich jemand subjektiv – aus welchen religiösen, kulturellen, politischen usw. Gründen“ als Jude/Jüdin ansah. Mit „österreichisch“, und damit einem zweiten zentralen Kriterium, wurden im Projekt „Namentliche Erfassung“ nicht StaatsbürgerInnen verstanden, sondern all jene als jüdisch verfolgten Personen, die zwischen 1938 und 1945 in Österreich durch Selbstmord oder Mord ums Leben kamen oder aus Österreich flüchteten und vom NS-Regime in anderen europäischen Ländern eingeholt wurden.⁷ Diese (erforderliche) Festlegung führt etwa dazu, dass die in der Shoah ermordeten Eltern des Initiators der Namensmauern-Gedenkstätte in Österreich als österreichische und in Belgien, dem Land ihrer Deportation, als belgische Opfer aufscheinen.⁸

Langer Weg zur Umsetzung

Die Initiative zur Errichtung der Namensmauern geht auf den 1930 in Wien geborenen Kurt Yakov Tutter zurück. Gelang es der Familie Tutter, nach dem „Anschluss“ Österreichs nach Brüssel zu fliehen, waren sie nach dem Einmarsch der Wehrmacht 1940 erneut

von Verfolgung bedroht. Kurt Tutter und seiner Schwester gelang es, versteckt zu bleiben, zunächst auf dem Dachboden der Wohnung und schließlich untergebracht bei einer katholischen Familie. Ihre Eltern jedoch wurden nach Auschwitz deportiert, sie überlebten nicht. Nach dem Krieg emigrierte Tutter nach Kanada,⁹ mit Österreich wollte er „nichts zu tun haben“, bis Bundeskanzler Franz Vranitzky 1993 „die Hand ausgestreckt“¹⁰ habe – in Form des öffentlichen Eingeständnisses österreichischer Verantwortung sowie der Novelle des Staatsbürgerschaftsgesetzes, mit dem jenen Menschen, die flüchten konnten, die Möglichkeit zur (Wieder-)Erlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft gegeben wurde. Um das Andenken an jene zu ehren, denen die Flucht nicht gelang und die dem NS-Regime zum Opfer fielen, begann Tutter schließlich, sich für die Errichtung einer Namensmauern-Gedenkstätte in Wien einzusetzen. Im Jahr 2000 gründete er dazu eine Initiativgruppe, deren Mitglieder neben ihm selbst auch Walther Lichem, dem damaligen österreichischen Botschafter in Kanada, Hannah Lessing, Generalsekretärin des Nationalfonds der Republik Österreich, sowie Wolfgang Neugebauer, dem damaligen wissenschaftlichen Leiter des DÖW, waren.¹¹ Nach und nach gelang es, weitere prominente UnterstützerInnen, insbesondere PolitikerInnen und angesehene WissenschaftlerInnen, zu finden.¹² Dennoch stießen ihre Bemühungen zunächst „auf großes Desinteresse seitens Stadt und Bund“, wie Tutter später resümierte.¹³ Erst die schwarz-blaue Bundesregierung sollte im Jahr 2018 jene Schritte setzen, die zur Realisierung der Gedenkstätte führten. Im Februar desselben Jahres fand die von der Universität Wien ko-organisierte, hochrangig besetzte Konferenz „An End to Antisemitism!“ statt, die von Bundeskanzler Sebastian Kurz eröffnet wurde und bei der sich der französische Philosoph und Publizist Bernard-Henri Lévy in seiner Rede für den Bau der Namensmauern aussprach.¹⁴ Nach beinahe zwei Jahrzehnten vergeblicher Bemühungen erfolgte die Umsetzung des Projekts nun vergleichsweise rasch. Das erste offizielle Treffen zwischen Tutter und Kurz

fand noch im März statt, und Kurz sagte die Finanzierung zu, wenn auch nur eine Teil-Finanzierung. Durch den Beschluss der Landeshauptleutekonferenz und ein von der Industriellenvereinigung organisiertes Fundraising-Dinner gelang es Tutter, weitere Gelder zu erhalten. Vor Ende des Jahres dann bekam er die Zusage für den noch fehlenden Betrag durch die Bundesregierung,¹⁵ sodass im Juni 2020 mit der Errichtung der Gedenkstätte begonnen werden konnte.¹⁶

Kritische Reaktionen

Die Entstehung der Namensmauern-Gedenkstätte wurde nur in geringem Umfang von öffentlicher Diskussion begleitet. In der Frühphase der Bemühungen um deren Errichtung äußerte sich der damalige Präsident der Israelitische Kultusgemeinde betont zurückhaltend gegenüber dem Projekt. So kommentierte Ariel Muzicant im Jahr 2005: „Die Opfer wollten eine Gedenkstätte in der Synagoge. Die haben wir gebaut. Warum sollten wir das noch einmal machen?“¹⁷ Er bezog sich dabei auf den wenige Jahre zuvor eröffneten Gedenkraum im Wiener Stadttempel, wo die Namen der österreichischen Shoah-Opfer in drehbare Schiefertafeln eingraviert worden waren.¹⁸ Anlässlich der Eröffnung der Namensmauern-Gedenkstätte bezeichnete Muzicants Nachfolger Oskar Deutsch diese jedoch als „Meilenstein“. Mit Verweis auf Primo Levis bekannter Warnung („Es ist geschehen, und folglich kann es wieder geschehen“) und der Funktion von Gedenkstätten als Mahn- und Lernorte differenzierte Deutsch in seiner Rede: „Im Stadttempel der Synagoge in der Seitenstettengasse hat die Kultusgemeinde vor 20 Jahren [...] eine Gedenkstätte mit den Namen der 64.000 Todesopfer eingerichtet. Das war der Wunsch der Hinterbliebenen. Diese Namensmauer hier im Ostarrichipark ist keine jüdische Angelegenheit, sondern eine der gesamten Republik.“¹⁹

Die größte Resonanz dürfte jedoch ein ORF.at-Beitrag hervorgerufen haben, in dem Wiener Zeithistorikerinnen und -historiker zitiert wurden, die „[a]ufgrund ihrer Positionen in renommierten heimischen Institutionen“ anonym bleiben wollten. Sie äußerten insbesondere daran Kritik, dass weder eine Ausschreibung erfolgte noch eine öffentliche Debatte zur Ausgestaltung angestrebt worden war, sowie dass die Gedenkstätte ausschließlich jenen Menschen gewidmet ist, „die aufgrund der Nürnberger Gesetze verfolgt“ wurden.²⁰ Daraufhin ließ der



© C. Stadler/Bwag

Die Shoah-Namensmauern-Gedenkstätte im Ostarrichipark in Wien

damalige wissenschaftliche Leiter des DÖW, Gerhard Baumgartner, in einer Stellungnahme wissen, dass das DÖW „sich vorbehaltlos zur Shoah-Namensmauern-Gedenkstätte“ bekenne. Darüber hinaus wies er die durch die Anonymität geschaffene Implikation scharf zurück, wonach ein „Klima der Angst vor [...] Repressionen innerhalb geschichtswissenschaftlicher Forschungseinrichtungen“ herrsche.²¹ In einer Aussprache zwischen dem DÖW und dem Chefredakteur von ORF.at, Gerald Heidegger, betonte Heidegger, „dass es nie darum gegangen sei, die Unternehmung von Tutter infrage zu stellen“, räumte jedoch ein, dass „anonyme Stimmen nicht Grundlage einer Kritik sein könnten“.²²

Die im erwähnten Zeitungsartikel vorgebrachten Hauptkritikpunkte wurden auch von InteressensvertreterInnen und anderen solidarischen Stimmen geäußert. So kritisierte beispielsweise Doron Rabinovici das Fehlen von Ausschreibung und öffentlicher Debatte. Er erinnerte außerdem daran, dass „das Gedenken an die Roma und Sinti immer noch keinen würdigen Platz in Wien“ habe.²³ Ähnlich die damalige Präsidentin der Hochschüler*innenschaft Österreichischer Roma und Sinti, Sladi Mirković, die Tutters „unentwegten Einsatz“ als „Inspiration für die jüngste Generation“ würdigte, aber auch festhielt: „Richtig wäre ein gemeinsames Denkmal. Richtig wäre ein lebendiger, interaktiver Ort des Gedenkens, wie etwa ein Holocaustmuseum.“²⁴ Die Kunsthistorikerin Daniela Hammer-Tugendhat wiederum betonte, dass zu jenen, „die immer bewusst verdrängt werden“, auch „die Linken und Linkskatholiken, die Kommunisten [gehören], die aktiv gegen den Faschismus gekämpft haben. Das waren die Ersten, die in den

KZs gelandet sind.“²⁵ In einer Replik wurden Beiträge dieser Art als Ausdruck von „Opferkonkurrenz“ bezeichnet – eine Qualifizierung, die im Kontext des Bedeutungsgewinns des Gedenkens an die Shoah häufiger vorgenommen wird. Zumindest in diesem Fall geht eine solche Qualifizierung jedoch an der Tatsache vorbei, dass es etwa den ProponentInnen einer zentralen Gedenkstätte für die ermordeten Roma und Sinti nicht um einen Wettbewerb der Denkmäler gehen dürfte, sondern um den Versuch, ihr Anliegen in Zeiten erhöhter öffentlicher Aufmerksamkeit zu artikulieren. Kurt Tutter selbst verwies im Hinblick auf die fehlende Ausschreibung gegenüber dem Verfasser darauf, dass die Planung der Gedenkstätte bereits Jahre vor der Zusage erfolgte, um angesichts des lange Zeit bestehenden Desinteresses vonseiten der politisch Verantwortlichen die Chancen auf deren Realisierung zu erhöhen.²⁶ Hinsichtlich eines gemeinsamen Denkmals verwies Tutter auf ein Treffen mit dem damaligen Obmann des Kulturvereins österreichischer Roma, Rudolf Sarközi. Sarközi habe, so Tutter, sich dabei für ein eigenes Denkmal der Roma und Sinti ausgesprochen.²⁷

Staatliche Geschichtspolitik

Diese baldige Realisierung wurde Tutter im Gedenkjahr 2018 in Aussicht gestellt. Die Republik erinnerte mit einer Vielzahl von Veranstaltungen und geschichtspolitischen Aktivitäten aus diesem Anlass neben „Anschluss“ und Novemberpogrom auch der Republikgründung und dem Beschluss des Frauenwahlrechts 1918, der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte 1948 wie des „Prager Frühlings“ 1968.²⁸ Dirk Rupnow resümierte:

„[d]ie offiziellen Gedenkreden der Repräsentanten des Staates hielten mit ihren wiederholten Beschwörungen von Demokratie und Gemeinsamkeit letztlich wenig Überraschendes und praktisch keine Höhepunkte bereit. Sie werden nur interessant, wenn man sie vor dem Hintergrund der realpolitischen Verhältnisse [...] liest, in Verbindung setzt mit ansonsten populistischen, antisemitischen oder rassistischen Aussagen.“²⁹ Aufgrund eben solcher Inhalte hatte das Gedenkjahr für das Image der Bundesregierung sehr unvorteilhaft begonnen. Im Jänner und Februar deckte der *Falter* auf, dass in den schlagenden Burschenschaften Germania und Bruna Sudetia,³⁰ in denen auch führende Funktionäre der damaligen Regierungspartei FPÖ als Mitglieder vertreten waren, Liederbücher mit offen antisemitischen und rassistischen Inhalten kursierten. Infolge der innenpolitischen Wellen, die die „Liederbuch-Affäre“ schlug, kündigte Parteiboss Heinz-Christian Strache die Erstellung eines Berichts („Historikerkommission“)³¹ zur Geschichte des „Dritten Lagers“ an und verurteilte Antisemitismus öffentlichkeitswirksam.³² Eine solche Betonung des Kampfes gegen Antisemitismus, in den von offizieller Seite auch die Errichtung der Namensmauern-Gedenkstätte eingeordnet wurde,³³ unterscheidet die türkis-blaue von den bisherigen ÖVP-FPÖ-Regierungen. Die Umsetzung von – teils bedeutenden – Projekten, die dem Gedenken an die NS-Verbrechen und dem Lernen über sie gewidmet waren, stellt hingegen eine Gemeinsamkeit dar. Zu diesen Projekten gehört etwa die Initiierung einer Reform der Gedenkstätte Mauthausen im Jahr 2000, die von wissenschaftlicher Seite seit langem gefordert worden war, die Errichtung eines Besucherzentrums in der Gedenkstätte Gusen 2004 oder der Beschluss zur Errichtung eines Denkmals in Maly Trostinec 2018, die gar durch die FPÖ (im Wiener Gemeinderat) initiiert worden war.³⁴

Bedeutung und Nutzung

Die hohe gesellschaftspolitische Bedeutung des Gedenkens an die Massenverbrechen des NS-Regimes im Allgemeinen und an die systematische Ermordung der Juden und Jüdinnen im Besonderen ist Resultat einer vergleichsweise jungen Entwicklung. Dieser zumeist als „Europäisierung der Erinnerung“ gefasste transnationale Prozess setzte in (West-)Europa in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre ein und war verbunden mit



Granitplatten mit den Namen der ermordeten Jüdinnen und Juden

dem Eingeständnis nationaler Verantwortung wie auch dem Bedeutungsverlust des Gedenkorts Widerstand. Die „wiederentdeckte Erinnerung“ an die Shoah, so der britische Historiker Tony Judt, wurde zur „Definition und Garantie für die wiedergefundene Humanität“ Europas und zum „negativen europäischen Gründungsmythos“.³⁵ Vor diesem Hintergrund kann der Standort der Namensmauern-Gedenkstätte auch als Symbol für die veränderten Koordinaten staatlicher Geschichtspolitik gelesen werden, verweist doch die Benennung der Fläche auf einen weiteren staatlich betriebenen Identitätsdiskurs: Im Jahr 1996 erfolgte aus Anlass der Feierlichkeiten zu „1000 Jahre Österreich“ die Umbenennung in Ostarrichi-Park.³⁶ Mit der Errichtung der Namensmauern-Gedenkstätten wird der Ort wieder zur staatlichen Repräsentation genutzt, etwa aus Anlass des offiziellen Gedenkens der Bundesregierung zum 9. November oder von Staatsbesuchen. Doch auch über diese – nun deutlich gesteigerte – Funktion staatlicher Repräsentation hinaus kann davon ausgegangen werden, dass die Gedenkstätte einen dauerhaften kollektiven Bezugspunkt darstellt. Wenngleich (noch) keine systematisch erhobenen Daten zu deren Nutzung vorliegen, ergibt sich für den geneigten Beobachter der Eindruck zahlreicher BesucherInnen, sei es touristisch oder, wie vom Initiator intendiert, als Lernort³⁷ oder als Ort individuellen Gedenkens. Vor dem Hintergrund der geschichtspolitischen Agenda der Regierung, die die Anerkennung der Shoah-Opfer beinhaltet, wurde durch Kurt Tutter die Möglichkeit auch einer solchen Nutzung geschaffen.

Anmerkungen:

- 1/ <https://www.shoah-namensmauern-wien.at/historische-begrundung> [1.3.2026].
- 2/ <https://www.shoah-namensmauern-wien.at> [1.3.2026]; Winfried R. Garscha: Maly Trostinec. Die plötzliche Aufmerksamkeit für eine vergessene Mordstätte des Nationalsozialismus, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 26. Jg. (2019), Nr. 2, S. 27.
- 3/ <https://www.shoah-namensmauern-wien.at/ein-ort-der-andacht> [1.3.2026].
- 4/ Gedenkstätte für die in der Shoah ermordeten jüdischen Kinder, Frauen und Männer aus Österreich. Projektinformation. Stand: November 2021, S. 4 (https://www.nationalfonds.org/files/content/documents/nf/Factsheet_Shoah_Namensmauern_Gedenkstaette_11_2021_DE.pdf [1.3.2026]). Neben politischen GegnerInnen und Wehrmachtsdeserteuren werden „Angehörige der Roma und Sinti jeden Alters, Kinder und Erwachsene, die als geistig oder körperlich behindert galten, Menschen, die als ‚Asoziale‘ verfeimt waren oder aufgrund ihrer sexuellen Orientierung verfolgt wurden sowie Kärntner Sloweninnen und Slowenen“ am Eingang zur Gedenkstätte ebenso genannt wie jene Menschen, „die als Ausländerinnen und Ausländer auf dem Staatsgebiet des heutigen Österreich gelitten und zu zehntausenden ihr Leben verloren haben.“
- 5/ Denkmal gegen Denkmal, in: *taz*, 28.12.1994; siehe auch Florian Freund: Ein „papierenes Denkmal“: Das Projekt zur namentlichen Erfassung der österreichischen Holocaustopfer, in: Rudolf G. Ardel/Christian Gerbel (Hg.): *Österreichischer Zeitgeschichtetag 1995. Österreich – 50 Jahre Zweite Republik*. Innsbruck, Wien: Studien-Verlag 1997, S. 369–373, hier S. 369.
- 6/ DÖW: Shoah-Namensmauern-Gedenkstätte in Wien. Aufruf zur Überprüfung der Namen, 2.7.2020, <https://www.doew.at/neues/shoah-na>

mensmauern-gedenkstaette-in-wien [3.3.2026].
 7/ Florian Freund/Hans Safrian: Vertreibung und Ermordung. Zum Schicksal der österreichischen Juden 1938 – 1945. Das Projekt „Namentliche Erfassung der österreichischen Holocaustopfer“. Wien: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes 1993, S. 41 und 45.
 8/ Wenngleich Kurt Tutters Eltern entsprechend der Benennung der 1970 im Brüsseler Vorort Anderlecht eingeweihten Namensmauer als „Märtyrer“ verzeichnet sind (Mémorial National aux Martyrs Juifs de Belgique). Von seiner Reise zur Namensmauer in Anderlecht berichtet Tutter in: Aus meinem Leben, in: Bundeskanzleramt Österreich (Hg.): Denkmal = Memorial = Matsevat zikharon, Bd. 1. Wien 2023, S. 368–375, hier S. 370–371.
 9/ Kurt Yakov Tutter: „An echts Weanah Kind“. Eindrücke eines Lebens, in: *Zwischenwelt. Literatur, Widerstand, Exil*, 18. Jg. (2001), Nr. 3, S. 55–56.
 10/ Shoah-Gedenkstätte in Wien: Ort zum Trauern um 65.000 Tote, in: *Der Standard*, 8.11.2021.
 11/ <https://www.shoah-namensmauern-wien.at/der-verein> [17.10.2021].
 12/ Das von der Initiativgruppe ins Leben gerufene ProponentInnen-Komitee setzte sich zusammen aus: Erhard Busek, David Ellensohn, Franz Fischler, Eric R. Kandel, Albrecht A. Konecny, Kai Jan Krainer, Robert Menasse, Ernst Löschner, Anton Pelinka, Johanna Rachinger, Ari Rath, Oliver Rathkolb und Anton Zeilinger (<https://www.shoah-namensmauern-wien.at/befurworter-der-gedenkstaette>) [1.3.2026].
 13/ Tutter: Aus meinem Leben, S. 371.
 14/ Suche nach einem Handbuch gegen Judenhass, in: *Die Presse*, 20.2.2018.
 15/ <https://www.shoah-namensmauern-wien.at/projekt-unterstuetzer> [8.3.2026]; Gedenkstätte, Projektinformation, S. 1.
 16/ Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus: Baubeginn der Shoah-Namensmauer-Gedenkstätte im Ostarrichipark, 22.6.2020, <https://www.nationalfonds.org/meldung/baubeginn-der-shoah-namensmauern-gedenkstaette-im-ostarrichipark> [1.3.2026].
 17/ Wien: Diskussion um Gestaltung der geplanten Holocaust-Gedenkstätte, in: *Der Standard*, 14.2.2005.
 18/ Eine symbolische Grabstätte für die jüdischen Opfer der Shoah, in: *Die Gemeinde. Offizielles Organ der Israelitischen Kultusgemeinde Wien*, 545 (Dez. 2002), S. 6–7, hier S. 6.
 19/ Eröffnung der Shoah-Namensmauern-Gedenkstätte im Ostarrichipark, <https://www.youtube.com/watch?v=TCzXxY3j1A> [1.3.2026].
 20/ Ein Stein des Anstoßes, ORF.at, 4.7.2021.
 21/ DÖW: Stellungnahme von Gerhard Baumgartner. Zum Bericht des ORF über Kritik an der Shoah-Namensmauern-Gedenkstätte, APA-OTS, 4.7.2021.

22/ Gedenken an 64.440 ermordete Juden, ORF.at, 9.11.2021.
 23/ Ebd.; Doron Rabinovici: Für einen Platz der Erinnerung, in: *Der Standard*, 24.10.2021. Neben dem Standort wird die eingeschränkte Widmung an der bestehenden Gedenkstele im Barankapark am Belgradplatz in Wien-Favoriten kritisiert, die den ermordeten Lovara, Roma und Sinti gewidmet ist, die von diesem Ort aus deportiert wurden.
 24/ Sie haben uns (k)ein Denkmal gebaut, in: *Der Standard*, 16.11.2021.
 25/ Gedenken an 64.440 ermordete Juden, ORF.at, 9.11.2021.
 26/ Gesprächsprotokoll mit Kurt Tutter, 13.1.2022.
 27/ Shoah-Gedenkstätte in Wien: Ort zum Trauern um 65.000 Tote, in: *Der Standard*, 8.11.2021.
 28/ 2018 – 100 Jahre Republik, <https://2018.hdgoe.at> [10.02.2026].
 29/ Dirk Rupnow: Das Gedenk- und Erinnerungsjahr 2018 – eine Rückschau, in: *zeitgeschichte*, 46. Jg. (2019), Nr. 4, S. 463–477, hier S. 468.
 30/ Siehe etwa „Wir schaffen die siebte Million“, in: *Falter*, 24.1.2018, S. 13.
 31/ Zur Kritik an der Bezeichnung „Historikerkommission“ für den FPÖ-Bericht siehe DÖW: Wissenschaftliche Stellungnahme zum FPÖ-„Historikerbericht“, 3.2.2020, <https://www.doew.at/neues/wissenschaftliche-stellungnahme-zum-fpoe-historikerbericht> [17.2.2026].
 32/ HC Strache: Kein Platz für Antisemiten am Akademikerball und in der FPÖ, APA-OTS, 26.1.2018.
 33/ Siehe etwa Bundeskanzleramt der Republik Österreich: Nationale Strategie gegen Antisemitismus. Strategie der Republik Österreich zur Verhütung und Bekämpfung aller Formen von Antisemitismus. Wien 2021, S. 156–157.
 34/ Bertand Perz: Die KZ-Gedenkstätte Mauthausen 1945 bis zur Gegenwart. Innsbruck: Studien-Verlag 2006, S. 259–260; Garscha: Maly Trostinec, S. 27.
 35/ Tony Judt: Geschichte Europas. Von 1945 bis zur Gegenwart. München, Wien: Hanser 2006, S. 966.
 36/ Siehe Martin Reisigl: Nationale Rhetorik in Fest- und Gedenkreden. Eine diskursanalytische Studie zum „österreichischen Millennium“ in den Jahren 1946 und 1996. Tübingen: Stauffenburg 2007.
 37/ Die staatliche Plattform ERINNERN:AT veröffentlichte dazu pädagogische Materialien in deutscher und englischer Sprache, die als „niederschwelliges Vermittlungsangebot mit biografischen Zugängen für Schulklassen und Jugendgruppen“ konzipiert wurden. Pädagogische Begleitmaterialien zum Besuch der Shoah-Namensmauern-Gedenkstätten, 3.2.2026, <https://www.erinnern.at/bundeslaender/wien/artikel/unterrichtsmaterialien-zu-den-shoah-namensmauern> [1.3.2026].

„Licht, Luft und Schatten“ Widerstand und Verfolgung in Wiener Gemeindebauten

Wien: Böhlau 2026, 456 S., 55 Euro



Buchpräsentation mit der Herausgeberin **Claudia Kuretsidis-Haider** und den Autoren Michael Achenbach, Peter Autengruber, Winfried R. Garscha und Manfred Mugrauer

Lesung: **Maria Hofstätter**

Montag, **13. April 2026**, 18.30

SOHO Studios (Sandleitenhof),
Liebknechtgasse 32, 1160 Wien

In eigener Sache

Die *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft* werden vier Mal jährlich neben den Mitgliedern unserer Gesellschaft auch an zahlreiche Institutionen und Vereine, sowie an Personen im In- und Ausland, die an den unseren Aktivitäten und Publikationen interessiert sind, gesendet.

Aufgrund der gestiegenen Druckkosten und der höheren Posttarife sind die Kosten in den letzten Jahren stark gestiegen. Angesichts der insgesamt schwierigen finanziellen Situation bitten wir all jene, die an einem Weiterbezug der *Mitteilungen* interessiert und nicht Mitglied sind, ein Jahresabonnement zum Preis von 6,- Euro bzw. ein Förderabo in einer selbst zu bestimmenden Höhe zu lösen.

Sollten Sie Mitglied der AKG werden wollen, so beträgt der Jahresbeitrag 20,- Euro. In diesem Fall bitte eine Nachricht an klahr.gesellschaft@aon.at mit dem Betreff „Mitgliedschaft“ senden.

AKG-Spendenkonto

IBAN: AT66 6000 0000 9202 3930